

R1: Kampf dem Klimawandel, Kampf der asozialen «Klimapolitik»!

Resolution zuhanden der Delegiertenversammlung vom 31. Oktober 2020 in Biel/Bienne (BE)

Antragstellende: Jimena Villar de Onis (Waadt), Shivani König (Stadt Bern), Helena Winnall (Stadt Zürich), Jannick Hayoz (Stadt Bern), Ambroise Thévenoz (Genf), Jessica Bamford (Stadt Bern), Felix Looby (Stadt Bern), Johanna Didenko (Waadt), Patrick Côté (Stadt Zürich)

Das im Oktober 19 neu gewählte Parlament ist weder "grüner" noch "linker", sondern bleibt ein bürgerliches Parlament, auch wenn dieses versucht, sich ein grünes Mäntelchen zu verpassen. Mit der Erhöhung des Benzinpreises und einer Flugticket-Abgabe richtet sich das jetzt in der Herbstsession verabschiedete CO₂-Gesetz an die falschen. Mit Lenkungsabgaben auf Benzin und Flugtickets trifft es Menschen mit tieferem Einkommen unverhältnismässig hart, während die alternativen CO₂-freundlichen Verkehrswege teuer bleiben. Schuld am Klimawandel ist nicht die Búezerin, die auf ihr Auto für die Arbeit angewiesen ist oder der Student, der einmal im Jahr in die Ferien fliegt.

Die wahren Verursacher der Klimakrise – die kapitalistischen Grosskonzerne – bleiben völlig unangetastet. 71% der globalen CO₂-Emissionen werden von nur 100 Grossunternehmen verursacht. Alleine der Schweizer Zement-Konzern Lafarge-Holcim verursacht viermal mehr Emissionen als die ganze Schweizer Bevölkerung! Damit ist das aktuelle CO₂-Gesetz nicht nur ineffizient, weil es an den wirklichen Ursachen vorbeizieht, sondern es ist auch ein asozialer Angriff auf die Lohnabhängigen! Als Partei der jungen Lohnabhängigen ist es die Verantwortung der JUSO, in dieser Frage eine klare Klassenposition zu beziehen und deutlich zu sagen: Eure Krise bezahlen wir nicht!

- Gegen sämtliche Benzin- / Flugticket- und andere Preiserhöhungen sowie gegen die Erhöhung aller anderen Gebühren, Abgaben und indirekten Steuern!
- Gegen das aktuelle CO₂-Gesetz!
- Die JUSO unterstützt das Referendum gegen das asoziale CO₂-Gesetz.

Die JUSO Schweiz fordert stattdessen:

- Flächendeckender kostenloser ÖV!
- Plan für grünen Wirtschaftsumbau inkl. Umstellung auf erneuerbare Energien, Renovation von Heiz- und Gebäudetechnik usw. durch progressive Besteuerung der Unternehmensgewinne und Vermögen.
- Verstaatlichung der Banken und gezielte Investitionen in erneuerbare Energien und grüne Technologien!
- Verstaatlichung der wichtigsten Industriezweige und der Banken unter Kontrolle der ArbeiterInnen und Umsetzung eines ökologischen Produktionsplans.
- Kontrolle der Beschäftigten über ihre Arbeits- und Produktionsbedingungen in den Betrieben zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen und ökologischen Standards.

- Mobilisierung der Lohnabhängigen und der Jugend zum Strike for Future 2021 unter diesem Programm!

Stellungnahme der Geschäftsleitung: ablehnen

Begründung: Die Delegierten der JUSO Schweiz haben eine Resolution mit dem praktisch gleichen Wortlaut an der Jahresversammlung 2020 deutlich abgelehnt. Leider haben die Antragsstellenden die damals erwähnten faktischen Fehler nicht korrigiert. Die Geschäftsleitung fokussiert deshalb nur auf den Umstand, dass die Ausgangslage zum Referendum sich seither geändert hat. Die Ablehnungsbegründung von damals wurde am Ende angehängt.

Wie schon im Februar argumentiert gilt einfürend festzuhalten, dass die Geschäftsleitung der Revision des CO2-Gesetzes skeptisch gegenübersteht. Das Gesetz geht (u.a. auch aus Angst vor dem Referendum) viel zu wenig weit. Nach über einem Jahr Druck von der Strasse ist das ein Armutszeugnis. Weshalb will die GL das Gesetz also trotzdem unterstützen?

*Bei anderen Gesetzesrevisionen, welche zu wenig weit gehen, würde die Geschäftsleitung möglicherweise eine Ablehnung empfehlen. Mit der Klimakrise sind wir vor die Schwierigkeit gestellt, dass uns die Zeit davonrennt. Der naive Glaube der rechtsbürgerlichen Parlamentarier*innen, dass die Profite des 1% auch auf einem toten Planeten bestehen bleiben, zeigen sich in einem mehrheitlich zahnlosen Gesetz. Solange in diesem Gesetz aber keine grossen asozialen Massnahmen drinstehen, wäre es für die JUSO der falsche Kampf. Die Positionsfassung zum CO2-Gesetz wird an der Jahresversammlung durchgeführt.*

*Trotzdem, so argumentieren die Befürworter*innen des Referendums, biete das Referendum das «Potential, mit der neoliberalen, marktorientierten Logik der aktuellen Klimapolitik» zu brechen. Drei Punkte, welche dagegensprechen, diese Strategie zu wählen:*

- 1. Mit dem Referendum spalten wir die Bevölkerung am falschen Ort: Das aktuelle CO2-Gesetz ist Ergebnis jahrelanger Arbeit von linken Parteien und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen. Auch wenn diese total anerkennen, dass diese Gesetzesgebung nicht weit genug geht, werden sie ihre Erungenschaften nicht fallen lassen. Wir treiben also einen Keil zwischen uns + ein kleiner Teil der Klimastreikbewegung und dem restlichen Block der progressiven Allianz. Das holt sie nicht etwa näher an eine antikapitalistische, gesamtheitliche Klimapolitik, sondern treibt sie in gemässigtere Arme.*
- 2. Die Klimaaktivist*innen, welche das Referendum tragen, wollen nicht alleine der SVP das Feld überlassen. Mit einer Linken Ablehnung des Gesetzes könne man der SVP die Teilhoheit über die Klimapolitik entreissen. Diese Überlegung ist grundsätzlich richtig. Deshalb hat der Klimastreik Schweiz auch beschlossen, klar zu kommunizieren, dass das Gesetz bei weitem nicht ausreicht und damit Kampagne zu machen. Der Glaube, man könne aber die Hoheit über ein Nein zum CO2-Gesetz gewinnen, wenn >80% der Nein-Stimmen aus dem SVP-Lager kommen, ist etwas naiv. Die SVP ist leider eine der stärksten politischen Organisationen der Schweiz und sie wissen, wie sie ihre Millionen effektiv einsetzen. Ein Nein zum Gesetz wird zu weniger Klimaschutz führen.*
- 3. Schlussendlich argumentieren einige damit, dass mit einem Referendum das Scheitern der bürgerlichen Institutionen aufgezeigt werden könne und es ein Fenster*

für eine Alternative öffne. Bis heute wurde jedoch nicht im Ansatz aufgezeigt, wie diese Alternative aussehe und wer im Falle einer Ablehnung eine bessere Klimapolitik leiste. Wenn im Moment eines Neins nicht die Macht übernommen wird, liegt der Ball wieder bei eben jenen bürgerlichen Institutionen, welche man entmachten wollte.

Eine Unterstützung des Referendums wäre also nicht nur aus inhaltlicher, sondern auch aus strategischer Perspektive ein grober Fehler. Die Alternative liegt darin, dass wir gemeinsam mit dem Klimastreik weiter an einer systemkritischen Klimaperspektive arbeiten. Ausserdem wird die JUSO Schweiz den verschobenen Strike for Future unterstützen und mit den bereits gefassten antikapitalistischen Forderungen dort auftreten. Die Geschäftsleitung empfiehlt die Ablehnung der Resolution.

Argumentation zur Resolution im Februar mit Korrektur der faktischen Fehler (nur leicht angepasst):

1. zum Thema Lenkungsabgaben: Das Prinzip dieser Massnahme beruht darauf, dass der grösste Teil der Einnahmen an die Bevölkerung zurückbezahlt wird. Weil Ende Jahr jede Person gleich viel erhält, aber nicht alle gleich viel einbezahlt haben, hat die Lenkungsabgabe in der Schweiz einen umverteilenden Effekt. Menschen mit tiefen Einkommen haben nachweislich einen kleineren CO₂-Fussabdruck als Gut- bis Superverdiener*innen. Wer also weniger Emissionen verursacht als der Durchschnitt, erhält Ende Jahr mehr Geld als während dem Jahr bezahlt werden musste. In der Schweiz wird das Geld von den Kosten der obligatorischen Krankenversicherungen abgezogen. Die Aussage, dass es Menschen mit tieferen Einkommen unverhältnismässig stark trifft, ist schlicht falsch.

2. zur Zahl 71% nur durch 100 Unternehmen: ein wichtiges Wort wird bei diesem Fakt häufig vergessen. Präzis lautet die Aussage nämlich so: «71% der globalen, **industriellen** CO₂-Emissionen werden von nur 100 Grossunternehmen verursacht». Das bedeutet, dass Emissionen durch Landnutzung, Landnutzungsänderungen & Methanemissionen der Landwirtschaft nicht mitgerechnet werden. Darüber hinaus stellt uns der Fokus auf diese 100 Unternehmen vor eine Schwierigkeit: Das Erdöl, welches eines dieser Unternehmen gefördert hat, wird schlussendlich vom genannten «Büezer» im Auto verbraucht. Während wir dadurch nicht dieser Person die Schuld geben müssen, können wir trotzdem nicht einfach die 100 Unternehmen enteignen und den Ölhahn schliessen. Genau da wäre ja der «Büezer» am stärksten betroffen.

Aus diesem Dilemma folgert die Geschäftsleitung, dass wir das Profitstreben dieser Unternehmen angreifen müssen. Es kann überdies nicht sein, dass sie effektive Klimaschutzmassnahmen behindern, indem sie Milliarden in Lobbyarbeit und Propaganda fliessen lassen (siehe auch 'Heartland Institute'). Deshalb fokussiert die Klimakampagne der JUSO Schweiz, welche aufgrund der Coronakrise verschoben werden musste, auch auf die grossen im Business. Wir greifen den Finanz- und Rohstoffplatz an, welcher auf Kosten der 99% und der zukünftigen Generationen Profite macht.

Um aber den Umstieg von fossilen Energien auf erneuerbare auch für die 99% zu erreichen, hat die JUSO Schweiz an der DV vom Juni 2019 einen Massnahmenplan erarbeitet. Jede einzelne Forderung dieser Resolution ist in diesem Massnahmenplan enthalten. Falls die Antragsstellenden interessiert sind, finden sie den unter <https://juso.ch/de/standpunkte/> .